

# Litauisches Bürgerforum zur Zukunft Europas

## Bericht

Der vorliegende Bericht ist in vier Teile gegliedert: Im ersten Teil wird kurz dargelegt, wie die Veranstaltung organisiert wurde. Der zweite Teil enthält die von den Teilnehmenden des Bürgerforums ausgearbeiteten Empfehlungen für politische Maßnahmen auf Ebene der EU und Litauens. Im dritten Teil werden die Diskussionen in den Gruppen und die wichtigsten Ergebnisse des Forums kurz analysiert. Die Ergebnisse des Bürgerforums werden im vierten Teil mit den Ergebnissen von Umfragen unter litauischen Bürgerinnen und Bürgern über die Lage und Zukunft Europas verglichen.

### 1. Organisation des nationalen Bürgerforums

Entsprechend den Leitlinien der Konferenz zur Zukunft Europas für die Organisation nationaler Bürgerforen hat die litauische Niederlassung der Forschungseinrichtung Kantar TNS im Dezember 2021 im Namen des Außenministeriums eine Methode für die geschichtete repräsentative Zufallsauswahl von litauischen Bürgerinnen und Bürgern entwickelt; auf dieser Grundlage hat Kantar TNS 25 litauische Bürgerinnen und Bürger im Alter von 18 bis 65 Jahren ausgewählt, die verschiedene sozioökonomische Gruppen und alle geografischen Regionen Litauens<sup>1</sup> repräsentieren.

Am 4. Januar wurden die ausgewählten Bürgerinnen und Bürger zu einer virtuellen Eröffnungssitzung eingeladen, in der der Grundgedanke des nationalen Bürgerforums erläutert wurde und die wichtigsten Themen für die Zukunft Europas diskutiert wurden. Nach der Veranstaltung erhielten die Teilnehmenden ein Dokument mit einer ausführlicheren Beschreibung der erörterten Fragen und mit Informationsquellen.

Am 15. Januar wurde das nationale Bürgerforum zur Zukunft Europas vom Außenministerium ausgerichtet. Die Veranstaltung wurde vom Außenministerium, dem Zentrum für osteuropäische Studien und der Forschungseinrichtung Kantar TNS organisiert. Die 25 ausgewählten Bürgerinnen und Bürger nahmen persönlich teil.

Die Teilnehmenden des Forums berieten über die zwei folgenden Fragen zur EU-Politik: Welche **Rolle und Befugnisse sollte die EU in der Außenpolitik** haben? Welche **wirtschaftliche Rolle** sollte sie spielen? Im Rahmen der Veranstaltung war diesen Themen jeweils eine gesonderte Sitzung vorbehalten, zu deren Beginn die Experten für EU-Politik Linas Kojala (Zentrum für osteuropäische Studien) und Prof. Ramūnas Vilpišauskas (Universität Vilnius) die Bürgerinnen und Bürger kurz mit Informationen und Fragen vertraut machten, die für das Thema der jeweiligen Sitzung relevant waren. Die Bürgerinnen und Bürger konnten Fragen stellen und ihre Ansichten teilen. Nach der Einführung durch die Experten wurden die Teilnehmenden in drei kleinere Gruppen unterteilt, die jeweils eine repräsentative Stichprobe bildeten; jede Gruppe musste sich mit einer anderen Frage zum Thema der Sitzung befassen. In der Sitzung zur Außenpolitik wurden folgende Fragen erörtert:

- 1.1. Ist eine autonome Verteidigungs- und Außenpolitik der EU notwendig?
- 1.2. Welche Art von Beziehungen sollte die EU zu ihren Nachbarn in Osteuropa, zu Nordafrika und zur Türkei pflegen?
- 1.3. Welche Art von Migrationspolitik sollte die EU verfolgen?

In der Sitzung zur wirtschaftlichen Rolle der EU wurden folgende Fragen erörtert:

- 2.1. Sind eine umfangreichere Umverteilung der Mittel aus dem EU-Haushalt und eine gemeinsame Mittelaufnahme auf EU-Ebene notwendig?
- 2.2. Sollten Sozialstandards auf EU-Ebene geregelt werden?
- 2.3. Wie kann die Wirtschaft der EU gestärkt werden?

Am Ende der Sitzung musste jede Gruppe die wichtigsten Schlussfolgerungen ihrer Diskussion festhalten, und zwar in Form von Grundsatzserklärungen oder konkreteren Vorschlägen zu aktuellen politischen Fragen auf Ebene der EU. Während der allgemeinen Diskussion stellte jeweils ein Mitglied stellvertretend für seine Gruppe den übrigen Teilnehmenden diese Schlussfolgerungen vor, und die Teilnehmenden der anderen Gruppen konnten Fragen stellen und Anregungen zur Ergänzung der Vorschläge unterbreiten. Im Anschluss an die Vorstellungen und Diskussionen stimmten die Bürgerinnen und Bürger einzeln für zwei Schlussfolgerungen, nämlich den Vorschlag oder die Erklärung, der bzw. die für die Stärkung der Rolle Litauens in der EU und für den Erfolg der EU in ganz Europa von größter Bedeutung war, sowie die Erklärung oder den Vorschlag, die bzw. der für das persönliche Wohlergehen der Teilnehmenden als Einwohner der EU am wichtigsten erschien. Der Abstimmung folgte eine Diskussion zur Zusammenfassung der wichtigsten Ideen, die im Rahmen des nationalen Bürgerforums vorgebracht wurden.

In der darauffolgenden Woche prüften die Experten den Inhalt der Diskussionen und arbeiteten die Ideen der Bürgerinnen und Bürger weiter aus. Am 25. Januar fand eine virtuelle zusammenfassende Sitzung statt, in der den Bürgerinnen und Bürgern die Empfehlungen vorgestellt wurden, die sich aus dem Inhalt ihrer Diskussionen ergeben hatten. Dabei hatten sie Gelegenheit, mitzuteilen, ob sie die

---

<sup>1</sup> Nach Angaben des litauischen Amtes für Statistik wurden Bürgerinnen und Bürger ausgewählt, die die Städte Vilnius, Kaunas, Klaipėda, Šiauliai und Panevėžys und die Bezirke Vilnius, Kaunas, Klaipėda, Šiauliai, Panevėžys, Alytus, Marijampolė, Tauragė, Telšiai und Utena repräsentieren.

Empfehlungen unterstützen, ihren Inhalt zu ergänzen und sie in eine Rangfolge zu ordnen. Diese Möglichkeit stand allen Teilnehmenden für eine Woche nach der zusammenfassenden Sitzung offen; in diesem Zeitraum konnten sie den Organisatoren des Forums schriftlich ihre Ansichten und Kommentare übermitteln.

## 2. *Ergebnisse des nationalen Bürgerforums*

In diesem Teil des Berichts werden die Ergebnisse des nationalen Bürgerforums vorgestellt, d. h. die Empfehlungen und Erklärungen der Arbeitsgruppen zur Rolle der EU in der Außenpolitik und in der Wirtschaft.

### **Erste Sitzung: Die Rolle und Befugnisse der EU in der Außenpolitik**

1. Wir fordern die EU auf, eine wirksamere Politik gegenüber China zu entwickeln. Litauen muss stärker unterstützt werden, allerdings sollte Litauen seinen Standpunkt auch besser mit seinen EU-Partnern abstimmen. Um eine bessere Abstimmung der Interessen innerhalb der EU und eine einheitliche Politik in Bezug auf China und andere außenpolitische Themen zu gewährleisten, empfehlen wir, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, das Amt eines EU-Außenministers zu schaffen.
2. Wir empfehlen, auf EU-Ebene erneut auf die Frage der Einführung eines Quotensystems für die Verteilung von Migrantinnen und Migranten zurückzukommen.
3. Wir empfehlen die Einsetzung einer Kommission auf EU-Ebene, die sich mit migrationspolitischen Herausforderungen befasst, um eine schnellere Reaktion auf Migrationskrisen sicherzustellen, das Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Interessen zu erläutern und zu verteidigen, zu gewährleisten und gemeinsame Leitlinien für die Migrationssteuerung auszuarbeiten und umzusetzen.
4. Wir empfehlen, die wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zu den nordafrikanischen Ländern unter Berücksichtigung ihrer politischen Lage zu stärken, insbesondere im Hinblick auf eine Verringerung des Einflusses Chinas, Russlands und anderer Länder auf die Region.
5. Wir empfehlen, die Beziehungen zu Osteuropa zu stärken und wirtschaftliche Maßnahmen zu fördern, die die Menschen vor Ort erreichen.
6. Wir fordern, dass die Sanktionen der EU gegen ausländische Einrichtungen strenger und gezielter gestaltet werden und wichtige Personen einschließen, die aus dem von einer Sanktion betroffenen Staat stammen (z. B. politische Führungspersonen).
7. Wir fordern, dass sich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf den Grundsatz der Solidarität zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten, Regionen und Gesellschaften der EU stützt.
8. Wir empfehlen der EU, ihre bislang offene Migrationspolitik zu überprüfen, durch die Sicherheitsprobleme verursacht werden, die Kriminalität ansteigt und geschlossene Gemeinschaften in der Gesellschaft entstehen.
9. Wir fordern Litauen auf, sich aktiver zu migrationspolitischen Fragen zu äußern und Beratungen über die Herausforderungen im Bereich Migration einzuleiten.
10. Wir empfehlen der EU, eine aktive und rigorose Politik gegenüber Staaten zu verfolgen, die Migrationsströme als Instrument für hybride Angriffe nutzen, indem sie einstimmig strengere Sanktionen verhängt und zur Deeskalation der Lage mit diesen Staaten in Kontakt tritt.

### **Zweite Sitzung: Die wirtschaftliche Rolle der EU**

1. Wir empfehlen der EU, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgungssicherheit bei wichtigen Gütern zu verbessern, nämlich indem der Handel innerhalb der EU priorisiert wird, die Fertigung von High-Tech-Produkten gefördert wird und die Einfuhrquellen weiter diversifiziert werden. Ferner empfehlen wir, weiterhin nach neuen Ausfuhrmärkten zu suchen.
2. Wir empfehlen, den Ansatz für Erdgaslieferverträge zu überprüfen, um sowohl langfristige als auch kurzfristige Verträge anzustreben. Darüber hinaus empfehlen wir, die Energieversorgungsquellen weiter zu diversifizieren.
3. Wir empfehlen, die Maßnahmen des europäischen Grünen Deals und ihre Umsetzung unter Berücksichtigung möglicher negativer sozioökonomischer Auswirkungen zu bewerten. Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals empfehlen wir, zusätzlich zu den erneuerbaren Energiequellen Kernenergie und mit Erdgas erzeugte Energie zu nutzen.
4. Wir betonen, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten den Vorrang des EU-Rechts achten. Wir fordern Litauen auf, diesbezüglich einen klaren und grundsätzlichen Standpunkt einzunehmen.
5. Wir empfehlen Litauen, die in den EU-Ländern bewährten Verfahren stärker zu nutzen, um seine Ziele in Bezug auf höhere Sozialstandards, Unternehmensentwicklung und eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

6. Wir empfehlen, mehr Gewicht auf die Verbesserung der Cybersicherheit, einschließlich des Schutzes der Dateninfrastruktur, zu legen.
7. Wir empfehlen der EU und ihren Mitgliedstaaten, der Förderung der Wirtschaftskennnisse der Bürgerinnen und Bürger, der Bildung und der Verbreitung von Informationen Vorrang einzuräumen.
8. Wir schlagen vor, dass neue Handelsabkommen der EU ehrgeizige Standards in den Bereichen Soziales, Arbeit und Gesundheit umfassen. Wir empfehlen, auf EU-Ebene Leitlinien dafür festzulegen, was Social-Media-Plattformen bei der Verwaltung der Informationen und personenbezogenen Daten der Nutzerinnen und Nutzer unternehmen müssen und was ihnen untersagt ist.
9. Wir empfehlen, weitere Überlegungen zu einer gemeinsamen Mittelaufnahme auf EU-Ebene anzustellen, um Mittel zu günstigeren Bedingungen aufnehmen zu können. Ferner empfehlen wir, finanziell tragfähige und verantwortungsvolle politische Maßnahmen zu entwickeln, durch die der Kreditbedarf der Mitgliedstaaten verringert wird.
10. Wir empfehlen, die Absorption und die Verwendung der von der EU bereitgestellten Mittel – allen voran in den Gemeinden – stärker zu überwachen und die derzeitige Praxis, die Verwendung der Mittel anzupassen, zu festigen. Da sich die objektiven Umstände der Empfänger von EU-Mitteln ändern können, ist es sehr wichtig, die Notwendigkeit von Transparenz mit der Notwendigkeit von Flexibilität in Einklang zu bringen.
11. Wir empfehlen Litauen, die Unternehmensentwicklung und die Investitionen in seinen Regionen weiterhin aktiv zu fördern.

### 3. Analyse der Diskussionen und Ergebnisse des nationalen Bürgerforums

Die Teilnehmenden des nationalen Bürgerforums befassten sich mit den für Litauen derzeit wichtigsten Themen, die in der Politik und den Medien auf nationaler Ebene ausführlich erörtert werden, und möglichen Lösungswegen. Die Abstimmung über die wichtigsten Schlussfolgerungen des Forums zeigte, dass fast 45 % der in beiden Sitzungen insgesamt abgegebenen Stimmen auf Vorschläge zu zwei Themen entfielen: die Beziehungen zu China und die Steuerung der Migrationsströme (siehe nachstehende Tabelle). Das Thema Energiepolitik fand ebenfalls große Beachtung: Obwohl nur ein Vorschlag zu diesem Thema vorgelegt wurde, erhielt dieser fast 10 % aller Stimmen der Teilnehmenden. Diese Abstimmungsergebnisse deuten darauf hin, dass der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf die Zukunft Europas durch bestehende (nationale) politische Probleme und aktuelle Angelegenheiten beeinflusst werden kann.

Empfehlung	Stimmen
<b>Erste Sitzung: Die Rolle und die Befugnisse der EU in der Außenpolitik</b>	
1. Wir fordern die EU auf, eine wirksamere Politik gegenüber China zu entwickeln. In diesem Punkt wird Litauen derzeit nicht ausreichend unterstützt, allerdings hat Litauen seinen Standpunkt auch nicht ausreichend mit seinen EU-Partnern abgestimmt. Um eine bessere Abstimmung der Interessen innerhalb der EU und eine einheitliche Politik in Bezug auf China und andere außenpolitische Themen zu gewährleisten, empfehlen wir, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, das Amt eines EU-Außenministers zu schaffen.	11 (22,9 %) <i>8 für ganz Europa wichtig, 3 für sie persönlich wichtig</i>
2. Wir empfehlen, auf EU-Ebene erneut auf die Frage der Einführung eines Quotensystems für die Verteilung von Migrantinnen und Migranten zurückzukommen.	9 (18,8 %) <i>9 für ganz Europa wichtig</i>
3. Wir empfehlen die Einsetzung einer Kommission auf EU-Ebene, die sich mit migrationspolitischen Herausforderungen befasst, um eine schnellere Reaktion auf Migrationskrisen sicherzustellen, das Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Interessen zu erläutern und zu verteidigen, zu gewährleisten, und gemeinsame Leitlinien für die Migrationssteuerung auszuarbeiten und umzusetzen.	7 (14,6 %) <i>3 für ganz Europa wichtig, 4 für sie persönlich wichtig</i>
4. Wir empfehlen, die wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zu den nordafrikanischen Ländern unter Berücksichtigung ihrer politischen Lage zu stärken, insbesondere im Hinblick auf eine Verringerung des Einflusses Chinas, Russlands und anderer Länder auf die Region.	6 (12,5 %) <i>6 für sie persönlich wichtig</i>
5. Wir empfehlen, die Beziehungen zu Osteuropa zu stärken und wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, die die Menschen vor Ort erreichen.	5 (10,4 %) <i>5 für sie persönlich wichtig</i>
<b>Zweite Sitzung: Die wirtschaftliche Rolle der EU</b>	
1. Wir empfehlen der EU, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgungssicherheit bei wichtigen Gütern zu verbessern, nämlich indem der Handel innerhalb der EU priorisiert wird, die Fertigung von High-Tech-Produkten in der EU gefördert wird und die Einfuhrquellen weiter diversifiziert werden. Ferner empfehlen wir, nach neuen Ausfuhrmärkten zu suchen.	9 (19,6 %) <i>3 für ganz Europa wichtig, 6 für sie persönlich wichtig</i>
2. Wir empfehlen, den Ansatz für Erdgaslieferverträge zu überprüfen, um sowohl langfristige als auch kurzfristige Verträge anzustreben. Darüber hinaus	9 (19,6 %)

empfehlen wir, die Energieversorgungsquellen weiter zu diversifizieren.	<i>9 für ganz Europa wichtig</i>
3. Wir empfehlen, die Maßnahmen des europäischen Grünen Deals und ihre Umsetzung unter Berücksichtigung möglicher negativer sozioökonomischer Auswirkungen zu bewerten. Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals empfehlen wir, zusätzlich zu den erneuerbaren Energiequellen Kernenergie und mit Erdgas erzeugte Energie zu nutzen.	6 (13 %) <i>6 für sie persönlich wichtig</i>
4. Wir betonen, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten den Vorrang des EU-Rechts achten. Wir fordern Litauen auf, diesbezüglich einen klaren und grundsätzlichen Standpunkt einzunehmen.	4 (8,7 %) <i>2 für ganz Europa wichtig, 2 für sie persönlich wichtig</i>

Darüber hinaus haben die Themen, die den Bürgerinnen und Bürgern am meisten am Herzen liegen – die Beziehungen zu China, Migration und Energie – nicht nur vorübergehend eine Bedeutung, sondern werden, je nachdem, wie sie behandelt werden, erhebliche langfristige Auswirkungen auf die Zukunft Europas haben. Daher ist es nicht weiter problematisch, dass für die Bürgerinnen und Bürger vermutlich die aktuellen Probleme im Mittelpunkt stehen, wenn sie über die Zukunft nachdenken. Da die Zukunft durch die vielen kleinen Schritte von heute gestaltet wird, ist es für die Steuerung langfristiger Prozesse und die nachhaltige Lösung der Probleme unabdingbar, dass die kurzfristigen grundlegenden Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger verstanden werden. Die nachstehende Analyse der wichtigsten Ergebnisse des nationalen Bürgerforums stützt sich auf diese Überlegung.

Die höchste Gesamtzahl der Stimmen (11 oder fast 12 %) entfiel auf die Aussage, dass **die EU eine wirksamere Politik gegenüber China benötigt**. Diese allgemeine Schlussfolgerung umfasste eine Reihe spezifischerer Aussagen. Erstens betonten die Teilnehmenden, dass die Unterstützung der EU für Litauen angesichts des von China ausgehenden wirtschaftlichen Drucks bislang unzureichend gewesen sei. Zweitens betonten die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe, die die Schlussfolgerung vorgelegt hat, dass Litauen seine Politik gegenüber China auch besser mit seinen EU-Partnern abstimmen müsse, insbesondere weil der Handel mit China für die EU insgesamt weiterhin wichtig sei. Drittens brachten die Bürgerinnen und Bürger vor, dass die Schaffung des Amtes eines EU-Außenministers dazu beitragen könnte, die Standpunkte besser zu koordinieren und die gemeinsamen Strategien im Hinblick auf China und andere Themen besser zu gestalten. Acht Teilnehmende bezeichneten diese Schlussfolgerung als besonders wichtig für ganz Europa und drei als für sie persönlich wichtig.

Die Frage der Beziehungen zu China steht in engem Zusammenhang mit zwei weiteren Vorschlägen, für die zahlreiche Bürgerinnen und Bürger stimmten. Neun Teilnehmende stimmten für die in der zweiten Sitzung gezeigte Schlussfolgerung, dass **die EU die Versorgungssicherheit verbessern müsse** (drei Teilnehmende wiesen darauf hin, dass dies für ganz Europa von großer Bedeutung sei, und sechs weitere Teilnehmende, dass dies für sie persönlich wichtig sei). Auch diese Schlussfolgerung umfasste mehrere Aspekte. Erstens betonten die Bürgerinnen und Bürger, dass den EU-Märkten, die sich durch zuverlässige Lieferanten und höhere Produktstandards auszeichnen, Vorrang eingeräumt werden müsse. Zweitens betonten die Teilnehmenden, dass die Produktionskapazitäten für Spitzentechnologie in Europa selbst gefördert werden müssen. Drittens sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger für eine weitere Diversifizierung der Einfuhrquellen aus. Bei der Formulierung dieser Empfehlungen verwies die Diskussionsrunde immer wieder auf China als einen Faktor: Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit chinesischen Produkten, Abhängigkeit von der Versorgung mit Rohstoffen aus China für die Herstellung von High-Tech-Produkten sowie Chinas Praxis, Technologien von westlichen Unternehmen, die auf dem chinesischen Markt tätig sind, zu kopieren oder zu stehlen. Weitere sechs Stimmen („für sie persönlich wichtig“) entfielen auf den Vorschlag, **die wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit der EU mit den nordafrikanischen Ländern auszubauen**, da es wichtig sei, den Einfluss Chinas, Russlands und anderer sogenannter „unfreundlicher Staaten“ auf diese Länder zu verringern.

Die Ergebnisse dieser Abstimmung ließen auch die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Migrationsfragen erkennen. Im Bereich der Außenpolitik stand bei zwei der drei Schlussfolgerungen, auf die die meisten Stimmen entfielen, das Thema Migration im Mittelpunkt. Neun Teilnehmende stimmten für den Vorschlag, dass **die EU erneut die Möglichkeit der Einführung eines Quotensystems prüfen sollte, mit dem die Mitgliedstaaten zur Aufnahme von Migrantinnen und Migranten verpflichtet würden** (sie unterstrichen die besondere Bedeutung dieses Vorschlags für ganz Europa). Die Teilnehmenden, die die Schlussfolgerungen verfasst hatten, sprachen sich dafür aus, dass die Quoten für jeden Mitgliedstaat anhand seiner Einwohnerzahl festgesetzt werden und dass die EU im Rahmen einer Kofinanzierung Mittel für die Aufnahme der entsprechend den Quoten verteilten Migrantinnen und Migranten bereitstellt. Sieben weitere Teilnehmende stimmten für den Vorschlag, **auf EU-Ebene eine ständige Fachkommission für Migrationsfragen einzusetzen, für die Vertreter der Mitgliedstaaten benannt würden** (drei hielten den Vorschlag für ganz Europa für besonders wichtig und vier hielten ihn für sie persönlich für wichtig). Die Teilnehmenden betonten, dass ein solches Gremium die Reaktion der EU auf Migrationskrisen beschleunigen und gleichzeitig ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Achtung der gemeinsamen Grundsätze der EU und dem Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Interessen und ihre nationale Sicherheit zu verteidigen, gewährleisten könnte.

Bei den Diskussionen über die Migrationspolitik erörterten die Teilnehmenden zwei verschiedene Krisen im Rahmen der Steuerung der Migrationsströme: die Migrationskrise im Mittelmeerraum von 2016 und der hybride Angriff von Belarus 2021 auf Litauen, Lettland und Polen, als die Regierung in Minsk Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika für ihre Ziele instrumentalisierte. Mehrere Teilnehmende des Forums gaben an, dass die Krise von 2016 sowohl für sie als auch für Litauen insgesamt als in weiter Ferne und als irrelevant wahrgenommen wurde, und dass der damals zum ersten Mal vorgelegte Vorschlag zur Einführung eines Quotensystems für die Verteilung von Migrantinnen und

Migranten ihnen nicht als angemessen erschien. Den Teilnehmenden zufolge haben die Erfahrungen mit dem hybriden Angriff das Thema der Migration in Osteuropa in den Fokus gerückt und zu einer Neubewertung eines Quotensystems als ein geeignetes, wirksames und solidarisches Instrument der Migrationspolitik geführt. Mehrere Teilnehmende betonten, dass es angesichts der Krise von 2021 schwierig geworden sei, zwischen Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten sowie Personen, die eine Sicherheitsbedrohung für das Aufnahmeland darstellen, zu unterscheiden. Alle an der Debatte Beteiligten waren sich darin einig, dass die derzeitige „offene“ Migrationspolitik der EU den Bedrohungen durch Migration, den nationalen Interessen der Mitgliedstaaten, der Fähigkeit zur Integration von Migrantinnen und Migranten usw. nicht ausreichend Rechnung trägt. Die Bürgerinnen und Bürger kritisierten die EU auch für ihre langsame oder negative Reaktion auf die Bedürfnisse Litauens, einschließlich ihrer Weigerung, den Bau von Barrieren an den Außengrenzen zu finanzieren.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die beiden wichtigsten politischen Themen in Litauen im Jahr 2021 – die Beziehungen zu China und die Steuerung der Migrationsströme – die litauischen Bürgerinnen und Bürger dazu veranlassen, ein stärkeres Engagement der EU und eine wirksamere gemeinsame Politik zu fordern. Die Bürgerinnen und Bürger sind besorgt über die Politik Chinas und seinen wachsenden Einfluss in Europa und in der Nachbarschaft der EU. Es muss anerkannt werden, dass Chinas wirtschaftlicher Einfluss Europa dazu zwingt, nach angemessenen und ausgewogenen politischen Maßnahmen zu suchen. Nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger besteht die wichtigste Lösung darin, die gemeinsamen außenpolitischen Instrumente der EU, die Industriepolitik und die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern zu stärken. Ebenso stellten die Bürgerinnen und Bürger fest, dass ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene, einschließlich eines möglichen neuen Quotensystems für die Verteilung von Migrantinnen und Migranten, wahrscheinlich der geeignetste Weg ist, um die von der Migration ausgehenden Sicherheitsbedrohungen zu verhindern und die Migrationsströme nach Europa rasch und wirksam zu steuern. Die Teilnehmenden des Bürgerforums vertraten die Auffassung, dass eine stärkere und enger abgestimmte gemeinsame EU-Politik die beste Antwort auf den zunehmenden Druck Chinas und den hybriden Angriff von Belarus wäre.

Die Ansichten der Teilnehmenden zu diesen Krisen können mit ihren Vorschlägen zu energie- und klimapolitischen Fragen verglichen werden. Zum Jahresende 2021 waren viele litauische Bürgerinnen und Bürger unmittelbar mit der Herausforderung steigender Heizkosten konfrontiert, und die Energiepreiskrise wurde rasch zu einem der wichtigsten aktuellen Probleme Litauens. Die Sorge angesichts der Energiepreise spiegelte sich auch in der Abstimmung im Forum wider: Neun Bürgerinnen und Bürger stimmten für die Schlussfolgerung, dass dies das vordringlichste Thema für ganz Europa sei. Die wichtigste Empfehlung der Teilnehmenden bestand darin, **die derzeitige Praxis der Mitgliedstaaten beim Abschluss von Energielieferverträgen mit unterschiedlichen Lieferanten zu überprüfen, um sowohl langfristige als auch kurzfristige Verträge abzuschließen**. Mit anderen Worten: Die Bürgerinnen und Bürger unterstützten eine Politik der Diversifizierung der Energieversorgung, gaben jedoch keine Empfehlungen für eine gemeinsame EU-Politik ab und empfahlen keine weitere Integration der Energiepolitik.

In Bezug auf die Klimapolitik empfahlen die Bürgerinnen und Bürger, **die Maßnahmen des europäischen Grünen Deals im Hinblick auf ihre voraussichtlichen sozioökonomischen Auswirkungen und ihre Zielsetzungen zu bewerten**. Sechs Teilnehmende stimmten für diesen Vorschlag und stuften ihn für sie persönlich als wichtig ein. Einige Teilnehmende befürchteten, dass der „grüne Wandel“ zu schnell durchgeführt werde, und wandten ein, dass Litauen sorgfältiger bewerten müsse, ob eine solche Politik den Bedürfnissen des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger schaden könnte. Auch die Notwendigkeit, neben erneuerbaren Energiequellen Kernenergie und Erdgas zu nutzen, wurde von mehreren Teilnehmenden angesprochen. Zur Untermauerung ihres Standpunkts verwiesen sie auf die Entscheidung Deutschlands, weiterhin Erdgas zu nutzen und das Potenzial der neuen Generation sogenannter modularer Kernkraftwerke auszuschöpfen. In ihren Diskussionen über die Klimapolitik gaben die Forumsteilnehmenden daher den nationalen Politiken, die auf die Bedürfnisse des jeweiligen Mitgliedstaats zugeschnitten sind, den Vorzug vor einer ehrgeizigen gemeinsamen EU-Politik der Klimagovernance.

Angesichts der relativ geringen Teilnehmerzahl und der sehr unterschiedlichen Reaktionen innerhalb des Bürgerforums (mehr einheitliches Handeln oder mehr Flexibilität) auf verschiedene Arten von Krisen wäre es hier nicht angebracht, allgemeine und umfassendere Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Dieser Meinungstrend könnte jedoch interessante Themen für weitere Untersuchungen zur Einstellung der litauischen Bürgerinnen und Bürger zu EU-Integrationsfragen hervorbringen, bei denen Veränderungen und Unterschiede in der Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zu autonomen Strategien und institutionellen Maßnahmen der EU berücksichtigt werden sollten.

#### *4. Ergebnisse des Bürgerforums im breiteren Kontext der öffentlichen Meinung in Litauen*

Um die Ergebnisse der nationalen Bürgerforen in Kontext zu setzen, werden sie im letzten Teil des Berichts kurz mit den Ergebnissen zweier einschlägiger Meinungsumfragen und den Zwischenergebnissen anderer vorbereitender Tätigkeiten für die Konferenz zur Zukunft Europas verglichen. Bei der ersten Meinungsumfrage, die in diesem Teil des Berichts untersucht wird, handelt es sich um eine [Bürgerumfrage](#) zur Konferenz zur Zukunft Europas; sie wurde im Rahmen des Eurobarometers im Oktober und November 2020 durchgeführt. Bei der zweiten handelt es sich um die

jüngste [Standard-Eurobarometer-Umfrage](#) vom Sommer 2021. Da es bei diesen Umfragen zum Teil um andere politische Themen und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Konferenz an sich ging, werden in Bezug auf die aktuellen Themen des Forums die unten stehenden Vergleiche angestellt. Die Analyse der vorbereitenden Tätigkeiten für die Konferenz zur Zukunft Europas stützt sich auf einen ersten diesbezüglichen Bericht des Zentrums für osteuropäische Studien, in dem die Ansichten der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger zu einem breiten Spektrum von politischen Fragen auf Ebene der EU dargelegt werden.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen deuten darauf hin, dass die in der litauischen Gesellschaft vorherrschenden Ansichten in den Diskussionen und Abstimmungsmustern der Teilnehmenden des Bürgerforums angemessen widerspiegelt werden. Die Empfehlungen der Forumsteilnehmenden, nach denen die gemeinsame Außen- und Migrationspolitik und manche Beschlussfassungsverfahren auf EU-Ebene gestärkt werden sollten, stehen im Einklang mit den Ergebnissen der breiter angelegten Meinungsumfragen:

- Die litauischen Bürgerinnen und Bürger unterstützen eine gemeinsame Verteidigungspolitik der EU stärker als der EU-Durchschnitt (90 % bzw. 78 %).
- Die litauischen Bürgerinnen und Bürger unterstützen eine gemeinsame Migrationspolitik der EU stärker als der EU-Durchschnitt (76 % bzw. 71 %, bei dieser Differenz sollte eine potenzielle Fehlermarge angegeben werden).
- Für die litauischen Bürgerinnen und Bürger stellt die Migration eine der beiden wichtigsten Herausforderungen für die EU dar.
- Lösungen auf EU-Ebene werden von den litauischen Bürgerinnen und Bürgern eher befürwortet (49 % gegenüber 42 %).

Die litauischen Bürgerinnen und Bürger, die an den Vorbereitungsveranstaltungen für die Konferenz zur Zukunft Europas teilgenommen haben, hoben auch die Bedeutung der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, einer gemeinsamen EU-Migrationspolitik und einer gemeinsamen EU-Außenpolitik als Bereiche hervor, in denen Litauen an einem stärkeren Engagement der EU interessiert wäre.

Mit den Daten der Eurobarometer-Umfragen lassen sich die Ansichten der Forumsteilnehmenden in Bezug auf die Beziehungen zu China und auf die Energiepreise erklären: Die litauische Bevölkerung zeigte sich im Vergleich zum EU-Durchschnitt besorgter über die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Ländern weltweit und die sich daraus ergebenden geopolitischen Spannungen (33 % gegenüber 18 %). Die Schlussfolgerungen der Forumsteilnehmenden zur Notwendigkeit, eine ehrgeizigere gemeinsame Politik gegenüber China zu entwickeln, stehen im Einklang mit diesen Erkenntnissen und der oben genannten Unterstützung für die Beschlussfassung auf EU-Ebene und für eine gemeinsame EU-Verteidigungspolitik. Das Anliegen der Forumsteilnehmenden, verschiedene Lösungen zur Senkung der Energiepreise zu finden, könnte hingegen dem Umstand geschuldet sein, dass die litauische Bevölkerung infolge der zunehmenden Inflation und der steigenden Preise wesentlich stärker betroffen ist als der EU-Durchschnitt (53 % bzw. 23 %). Aufgrund der Sensitivität gegenüber der steigenden Inflation scheint die Eindämmung des Preisanstiegs wichtiger zu sein als die Entwicklung gemeinsamer EU-Politiken oder sonstiger politischer Ziele.

Die Eurobarometer-Daten offenbaren auch einen interessanten Wandel in Bezug auf die Einstellung der litauischen Bevölkerung zur Migration als politisches Problem. In der Umfrage aus dem Jahr 2020 nannten weniger litauische Bürgerinnen und Bürger die Migration als die wichtigste Herausforderung für die Zukunft der EU als der EU-Durchschnitt (16 % gegenüber 27 %). In der Umfrage aus dem Jahr 2021 war der Anteil der litauischen Befragten, für die die Migration das wichtigste Problem der EU darstellt, jedoch auf 32 % angestiegen (EU-Durchschnitt: 25 %). Dieser Meinungswandel mag zwar auf die unterschiedliche Formulierung der Fragen zurückzuführen sein, er entspricht jedoch auch den Einblicken, die die Diskussionen im Rahmen des Bürgerforums bezüglich der Entwicklung der Ansichten zu Migrationsfragen gaben.

Darüber hinaus wird durch einen Vergleich der Ergebnisse des Bürgerforums und der Daten der Eurobarometer-Umfrage ein Unterschied zwischen dem eher zurückhaltenden Standpunkt der Forumsteilnehmenden zur EU-Klimapolitik und der Besorgnis der litauischen Bevölkerung angesichts des Klimawandels offenbar. Während die Forumsteilnehmenden eine Prüfung der Frage forderten, ob der europäische Grüne Deal zu ehrgeizig sei und den Interessen Litauens schaden könnte, bezeichnete die litauische Bevölkerung den Klimawandel laut den Eurobarometer-Umfragen stets als eine der wichtigsten Herausforderungen für die EU. In der Umfrage aus dem Jahr 2020 nannten 47 % der litauischen Befragten den Klimawandel als wichtigste globale Herausforderung für die Zukunft der EU (EU-Durchschnitt: 45 %). In der Umfrage aus dem Jahr 2021 lag dieser Anteil für die litauischen Befragten bei 28 % (EU-Durchschnitt: 25 %). Es sollte hervorgehoben werden, dass auch die Bürgerinnen und Bürger, die an den anderen Vorbereitungsveranstaltungen für die Konferenz zur Zukunft Europas teilgenommen haben, die Klimapolitik als einen der Bereiche nannten, in denen Litauen das größte Interesse an einem stärkeren Engagement der EU haben sollte. Dieser Unterschied lässt sich möglicherweise durch die Motivation der Forumsteilnehmenden, sich an der Abstimmung zu beteiligen, erklären: Alle Personen, die für die Empfehlung zur Überprüfung der Maßnahmen des europäischen Grünen Deals stimmten, gaben an, dass das Thema für sie persönlich wichtig sei. Dies bedeutet, dass eine persönliche Ablehnung nicht zwangsläufig unvereinbar mit der Auffassung ist, dass der Klimawandel eine der wichtigsten politischen Herausforderungen für die EU darstellt.